

Spitzenstellung im Wintersport ist nicht mit anderen Gemeinden vergleichbar

Ina Leukefeld und Frank Kuschel: Nur ehrenamtlicher Bürgermeister für Oberhof geht an den Realitäten vorbei

Dass es völlig an der Realität vorbei gehe, wenn der Bürgermeister von Oberhof künftig ehrenamtlich sein soll, ist die Auffassung der Linksfraktion im Thüringer Landtag, die dazu für die erste Plenarsitzung im neuen Jahr eine Aktuelle Stunde beantragt hat. Die beiden Abgeordneten der LINKEN Ina Leukefeld und Frank Kuschel betonten die Spitzenstellung Oberhofs im Wintersport, „die mit keiner anderen Gemeinde in Thüringen vergleichbar ist“.

Auf Antrag der Fraktion hat bereits der Innenausschuss des Landtags das Thema „Künftiger Status des Oberhofer Bürgermeisters“ beraten. Die Landesregierung hatte dabei dargestellt, dass nach der Übertragung der Sportstätten an eine Betreibergesellschaft die restlichen Aufgaben des Bürgermeisters in ehrenamtlicher Funktion ausgeübt werden könnten.

Verheerende Auswirkungen

„Man macht den zweiten Schritt vor dem ersten. Dabei verkennt die Landesregierung, dass der Bürgermeister von Oberhof nicht nur im Winter umfangreiche repräsentative Aufgaben mit internationaler Bedeutung wahrnehmen muss. Auch sonst hat er die Wintersportstadt umfänglich vertreten“, so die Suhler Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld. Nach Angaben der Landesregierung müsse noch in diesem Jahr eine Fusion von Oberhof mit benachbarten Kommunen erfolgen. Sollte dies freiwillig nicht möglich sein, müsse 2013 eine Fusion mit gesetzlichem Zwang erfolgen. Für die beiden Linkspolitiker wird am Beispiel von Oberhof deutlich, dass das Versagen des Landes während der Freiwilligkeitsphase von Neugliederungen verheerende Auswirkungen auf die betroffenen Kommunen und das Land hat. Die Freiwilligkeit scheiterte dort, wo Oberhof keine Partnergemeinde

finde und deshalb die Regelung ins Leere laufe. „Die Landesregierung wartet bis 2013, wo der Landtag per Gesetz entscheiden soll. Damit wird den Abgeordneten und Kommunalpolitikern der 'Schwarze Peter' zugeschoben“, protestierte der Kommunalexperte Frank Kuschel.

Das Landesverwaltungsgericht hatte entschieden, dass Oberhof ab 1.7.2012 keinen hauptamtlichen Bürgermeister mehr haben soll, was bereits in einer

Rechnung tragen zu können. Wenn Oberhof nur noch einen ehrenamtlichen Bürgermeister hätte, dann müsste nach § 33 der Kommunalordnung ein so genannter geschäftsleitender Beamter eingestellt werden, der die Verwaltung führt. Auf die Frage, welche finanziellen Effekte sich ergeben, wenn die Stadt Oberhof keinen hauptamtlichen Bürgermeister mehr hat, aber dafür einen geschäftsleitenden Beamten,



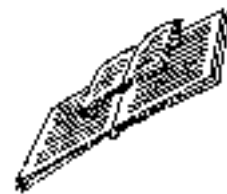
Winteridylle bei Oberhof - gerade in diesen Tagen nutzen wieder viele Touristen die Loipen und Skiwanderwege rund um den bekanntesten Thüringer Wintersportort.

Vor allem in den bevorstehenden Winterferien werden erneut zahlreiche Familien erwartet.

ersten Reaktion von Ina Leukefeld scharf kritisiert worden war: „Es ist ein Trauerspiel, was sich derzeit hinsichtlich der Verwaltungsstrukturen abspielt. Unverständnis und Verunsicherung der Bürger sind die Folge.“ Sie forderte die Landesregierung auf, dem Einhalt zu gebieten und unterstützte den Stadtrat Oberhof in seinem Widerspruch.

Der Staatssekretär im Innenministerium hatte auf Nachfrage der LINKEN bestätigt, dass zwar gemäß § 28 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung der Bürgermeister in Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern Ehrenbeamter ist, aber dass von diesem Grundsatz abgewichen werden könne. Dies sei der Fall, wenn ein begründeter Einzelfall vorliegt, um etwaigen Besonder-

der in der gleichen Besoldungsgruppe ist wie der jetzige Bürgermeister, antwortete Staatssekretär Rieder: „Die Frage ist hypothetisch. Warten wir, bis es soweit ist.“ Dazu Ina Leukefeld: „Ein Abbau von Demokratie ist es in jedem Fall, denn der Bürgermeister wird direkt gewählt.“ Die Landesregierung lasse zu, dass Oberhof und andere Gemeinden - wie auch Benshausen - „zur Manövrierarmee werden und damit wesentliche strukturelle Entwicklungschancen vertan werden“. Sie bekräftigte die LINKE Forderung nach Rahmenbedingungen und Handlungsgrundsätzen für eine Gebietsreform im Sinne des Landesentwicklungsprogramms und des Südthüringer Regionalentwicklungsprogramms.



Seniorenmitwirkungsgesetz

„Im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen verpasst die Landesregierung die Chance, eine wirkungsvolle Einbindung von Senioren in die Politik vor Ort gesetzlich zu regeln“, kritisiert Margit Jung, seniorenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, das jetzt vorgelegte Seniorenmitwirkungsgesetz. Trotz der Kritik von Vereinen und Verbänden gibt es weder die Pflicht, Seniorenbeiräte zu gründen, noch eine echte Mitbestimmung. Nur wenn Beiräte vorhanden sind oder freiwillig eingerichtet werden, sind die Verwaltungen verpflichtet, sie anzuhören in für ältere Menschen relevanten Angelegenheiten. Nicht verankert wurde die Pflicht, Ältere in ihren eigenen Angelegenheiten tatsächlich mitbestimmen zu lassen.

„Lediglich 'Mitwirkung' ist im Vergleich zu der von uns vorgeschlagenen Mitbestimmung - die LINKE legt ein Seniorenmitbestimmungsgesetz vor - ein jämmerliches Angebot. Damit wird die im EU-Jahr geforderte Aktivierung von älteren Menschen wohl kaum erreicht werden können.“ Dies zeige sich auch an den fehlenden finanziellen Mitteln. Wer immer nur auf das Ehrenamt setze und dabei vergesse, dass dies nur durch die Unterstützung von hauptamtlichen Strukturen dauerhaft funktioniert, hoffe wohl auf nicht allzu viel Einmischung in die kommunale Verwaltung.

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Nach den Landtagssitzungen vom 25. bis 27. Januar, finden dann die nächsten Plenarsitzungen am 23. und 24. Februar statt.

„Fremde werden Freunde“:

Die Wanderausstellung „Fremde werden Freunde“ des gleichnamigen Erfurter Projekts, das in diesem Jahr zehn Jahre besteht, zeigt der Thüringer Landtag vom 1. Februar bis 1. März - mit einer fotografischen Zwischenbilanz von Harald Mohr.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

www.die-linke-thl.de

Inklusion

Nach der Anhörung im Landtag zum Thema „Inklusion im Thüringer Bildungssystem“ würdigte MdL Karola Stange, dass endlich alle mit dem Thema Befassten die Situation in Thüringen einschätzen und genau die Schwachstellen feststellen können. Wichtige Entscheidung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dürften aber nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag hinaus geschoben werden.

Es werde dringend ein Maßnahmenplan der Landesregierung benötigt, „welcher - und da stimmen wir den Forderungen des Gemeinde- und Städtebundes zu - ein Konzept zur finanziellen, sächlichen und personellen Ausstattung enthält“, so die LINKE-Abgeordnete.

Gastroausbildung

Die Ausbildungsbedingungen im Thüringer Hotel- und Gaststättengewerbe sind kritikwürdig. Auszubildende klagen über zunehmende unbezahlte Überstunden, häufige Verstöße gegen die Bestimmungen zur Schichtarbeit und geringe Ausbildungsentgelte, so MdL Susanne Hennig. Nach Angaben der Arbeitsagentur brechen hier 46 Prozent der Auszubildenden ihre Ausbildung vorzeitig ab. Die Abgeordnete der LINKEN fordert eine Qualitätsoffensive in der gastronomischen Ausbildung: „Wirtschaftsministerium, IHK und Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes müssen sich schnellstens über konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen verständigen.“

Elektromobilität

„So positiv die wirtschaftspolitische Orientierung Thüringens auf die Wachstumsbranche Elektromobilität ist, so problematisch ist das Selbstverständnis des Freistaates, sich vorwiegend als ‚Autoland‘ zu präsentieren“, sagte die Verkehrspolitiklerin der Linksfraktion, MdL Dr. Gudrun Lukin, anlässlich der Bewerbung Thüringens als Schaufensterregion für Elektromobilität. Diese richte sich fast ausschließlich auf mögliche Nutzer- und Käuferschichten von E-Autos.

„Damit lassen sich aber wesentliche Verkehrsprobleme, wie Staugefahr, Verkehrsdichte, Feinstaubbelastung oder weitere Flächenversiegelung nicht nachhaltig lösen“, warnte die Abgeordnete der LINKEN.